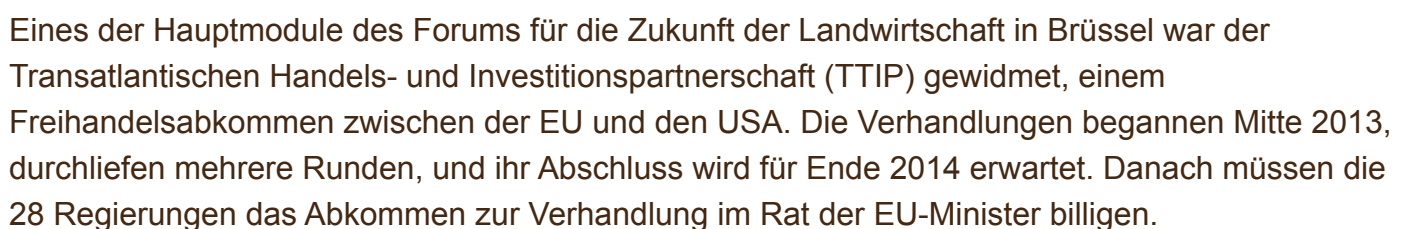


Дата: 03.05.2016 Брой: 5/2016



Das Projekt sieht ein Wachstum der Weltwirtschaft vor, wobei diese Zahl sich für die EU auf 120 Milliarden Euro, für die USA auf 90 Milliarden Euro und für die verbleibenden Weltwirtschaften auf etwa 100 Milliarden Euro beläuft, die Liberalisierung eines Drittels des Welthandels und die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze. Kommissar Karel De Gucht verspricht, dass das Abkommen jeder Familie in der EU 545 Euro pro Jahr bringen wird. In den USA wird erwartet, dass die Kaufkraft einer typischen amerikanischen Familie um 900 US-Dollar steigt.

Es wurden fünfzehn Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils einen anderen Bereich abdecken.

Die Ziele des Abkommens konzentrieren sich auf mehrere Aspekte:

- Beseitigung von Zöllen, die in der Praxis in den letzten Jahren fast abgeschafft wurden, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen;
- Liberalisierung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Normen, Regeln und Bestimmungen, die den Rahmen des wirtschaftlichen Wettbewerbs einschränken, der als eine höchste, grundlegende und unveräußerliche Freiheit definiert ist.
- das Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten. Dieser eindeutig strittige Punkt wird großen Konzernen die Türen öffnen, um ihre Rechte auf nationaler Ebene durchzusetzen. So werden Rechtsstreitigkeiten nicht mehr durch nationale Gerichtsbarkeiten, sondern durch private Strukturen, sogenannte "Schiedsmechanismen zur Streitbeilegung", gelöst. Wenn ein Investor der Ansicht ist, dass er von der Regierung diskriminiert wurde, kann er sich an ein privates Handelstribunal wenden, das aus drei Richtern besteht. Der erste wird vom Staat selbst ernannt, der zweite von der Investorenfirma, und der dritte wird gemeinsam von den Parteien ernannt oder aus der Liste der geeigneten Kandidaten ausgewählt. Dieses Tribunal wird insbesondere über enorme Entschädigungen entscheiden müssen, die der Investor beanspruchen kann, wenn er der Ansicht ist, dass ein neues Gesetz seine Gewinne beeinträchtigen wird. Die Entscheidungen des Tribunals unterliegen keiner Berufung. Das bedeutet, dass einerseits die nationalen Rechtssysteme machtlos sein werden und andererseits die Angst vor hohen Entschädigungen die legislative Freiheit der Regierungen erheblich einschränken wird.

Kritik

Der Mangel an Transparenz in den Diskussionsmodulen zwischen Washington und Brüssel ist offensichtlich, zumal auch das Verhandlungsmandat nicht öffentlich ist. Die USA haben der EU verboten, die Dokumente zur amerikanischen Position sogar den Mitgliedern des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zu zeigen – obwohl dieselben Dokumente mit 600 Industrielobbyisten in den USA geteilt wurden, behaupten Gegner. Die Europäische Kommission versucht, die Kritik durch zahlreiche Briefings und Diskussionen mit NGOs zurückzuweisen.

In der letzten Sitzung des Forums für die Zukunft der Landwirtschaft lag der Schwerpunkt vor allem auf der Harmonisierung der Standards in der europäischen und amerikanischen Landwirtschaft. John Atkin, Chief Executive Officer von Syngenta, verwies auf die großen Unterschiede in den Lebensmittel- und Gesundheitsstandards als das Haupthindernis für den Welthandel. *"Die Reduzierung der Komplexität des Harmonisierungsverfahrens wird nicht nur dem Handel, sondern auch den Verbrauchern zugutekommen."*

Genau das ist die Herausforderung des vorliegenden Abkommens – Standards in strittigen Bereichen wie Landwirtschaft, Pharmazie und Finanzdienstleistungen zu harmonisieren. Das europäische Recht gewährleistet eine relativ liberalere Regulierung des Finanzsektors im Vergleich zu den strengen Gesetzen, die in amerikanischen Banken gelten. Gleichzeitig verfolgt Europa eine Politik der Einschränkung von GVO und des Imports von mit Wachstumshormonen produziertem Fleisch. Die Europäische Kommission versichert, dass sie die bestehenden europäischen Gesetze nicht abschaffen wird und dass sie streng, aber fair sein wird. Die offizielle Position ist, dass GVO nicht Gegenstand der Verhandlungen mit den USA sind, aber es eine regulatorische Zusammenarbeit geben kann. Das europäische Recht erlaubt bereits den Verkauf einiger GVO in der EU, wenn sie von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zugelassen sind. Bisher wurden 52 GVO zugelassen. Dies waren auch die Kernpunkte, die Paola Testori Coggi, Generaldirektorin für Gesundheit und Verbraucher in der EG, in der Diskussion hervorhob.

Das Abkommen, das noch nicht in Kraft getreten ist, ist bereits Gegenstand ernsthafter Kritik, wachsender Spannungen und Spekulationen. In der Praxis wurden die meisten Zölle bereits als Ergebnis verschiedener früherer Handelsabkommen abgeschafft. Dies öffnet die Tür weit für die Konzentration auf nicht-konventionelle Handelshemmnisse, wie Ausnahmen von Bestimmungen zu Fracking, GVO und Finanzmitteln sowie die Verschärfung von Maßnahmen im Rahmen der Urheberrechtsgesetze.

Natürlich setzen deutsche Chemie- und Pharmaunternehmen auf das Abkommen, um die Verfahren für die Zulassung ihrer Produkte auf dem amerikanischen Markt zu vereinfachen. Staatlich subventionierte Landwirtschaft wird Überschüsse an Milchprodukten und Schweinefleisch in Übersee verkaufen können. Daher galt die deutsche Regierung bis vor kurzem als treibende Kraft bei den Vorbereitungen für TTIP. Wie das Schicksal anderer Handelsabkommen zeigt, helfen sie tatsächlich den Volkswirtschaften zu wachsen, was sich leider nicht auf alle Akteure auswirkt. Zum Beispiel erwiesen sich die Folgen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko, das vor 20 Jahren unterzeichnet wurde, für die Bürger als recht ungünstig. In den USA wurden Millionen von Industriearbeitsplätzen abgebaut, und Tausende mexikanischer Maisproduzenten blieben ohne Existenzgrundlage, da ihre Produktion nicht mit Exporten aus den USA konkurrieren konnte, wo der Staat eine Politik großzügiger Subventionen für den Agrarsektor verfolgt. Die Handelsvolumina vervielfachten sich, aber nur die großen Konzerne profitierten davon.

Einer der wichtigsten Aspekte bei der Bewältigung der Herausforderungen, die die moderne Landwirtschaft prägen, besteht darin, den Weg zur Erreichung eines multilateralen Handelsabkommens fortzusetzen, das "das effektivste und gerechteste" ist und "zur Bewältigung der Ernährungssicherheit beitragen wird", so Pascal Lamy, ehemaliger Generaldirektor der Welthandelsorganisation und Ehrenpräsident des Nordeuropäischen Jacques-Delors-Instituts.

In Europa werden derzeit die Probleme im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Klimawandel sowie der Einführung und Einhaltung streng regulierter Umweltmaßnahmen, die die Nachhaltigkeit von Landwirtschaft und Umwelt garantieren, hoch geschätzt. In diesem Sinne stehen die Europäer vor einem Dilemma, ob das neue Abkommen die hohen Erwartungen erfüllen kann und ob es die bereits geschaffene Gesetzgebung in ihrer jetzigen Form bewahren wird. Die Bedrohung durch eine globale Wirtschaft vom chinesischen Typ, die die Regeln des Welthandels diktieren würde, zwingt Europa dazu, auf autonome Entscheidungsfindung zu verzichten.